

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich <b>Grundstückswirtschaft, Wirtschaftsförderung</b>		Drucksachen-Nr. <b>126/2007</b>
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nichtöffentlich</b>
<b>Beschlussvorlage</b>		
<b>Beratungsfolge</b> ▼	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b> (Beratung, Entscheidung)
<b>Finanz- und Liegenschaftsausschuss</b>	<b>28.02.2007</b>	<b>Beratung</b>
<b>Rat</b>	<b>01.03.2007</b>	<b>Entscheidung</b>

**Tagesordnungspunkt**

**Wirtschaftsplan 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

**Beschlussvorschlag:**

@->

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2007 und der Investitionsplan für die Jahre 2007 bis 2010 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ werden beschlossen.

<-@

## **Sachdarstellung / Begründung:**

@->

Der Wirtschaftsplanentwurf 2007 wurde dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss bereits in der Sitzung am 07.12.2006 vorgestellt.

Dieser zeitliche Vorlauf vor der Beschlussfassung im Rat am 1.3.07 wurde gewählt, damit die in der Zwischenzeit durchgeführten Vorabstimmungsgespräche mit den Aufsichtsbehörden auf der Basis eines dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss als Werksausschuss bereits vorgestellten Wirtschaftsplanentwurfes erfolgen konnten.

In der Zwischenzeit musste der Wirtschaftsplanentwurf aus verschiedenen Gründen in einigen Punkten angepasst werden.

Diese Veränderungen werden nachfolgend im Einzelnen dargestellt.

### **Aktuelle Veränderungen gegenüber dem WPEntwurf zum Stand 07.12.06**

Im Nothaushaltsrecht ist eine gesamtstädtische Prioritätenliste für Investitionsmaßnahmen zu erarbeiten. Bei dieser Gesamtdarstellung musste der „FB Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ Investitionskürzungen in Höhe von 659.365,00 € vornehmen. Zu diesem Zweck wurden die Ansätze „Grunderwerb inklusive Investitionen Öko-Konto“ um 359.365,00 € und „Baukosten Schulen allgemein“ um 300.000 € gekürzt. Dementsprechend wurde die Darlehensaufnahme ebenfalls um 659.365,00 € reduziert.

Wie bereits dargestellt, musste der Ansatz „Baukosten Schulen allgemein“ um 300.000 € von 5.855.000 € auf nunmehr 5.555.000 € gekürzt werden.

In den Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2007 wird unter Buchstabe F, Nummer 2.2., die vorgesehene Aufteilung des Gesamtansatzes auf Einzelmaßnahmen bzw. –objekte dargestellt. Die in dieser Darstellung enthaltene Maßnahme „AMG: Fassadensanierung“ mit einem geplanten Mitteleinsatz von 300.000 € musste für das Jahr 2007 gestrichen werden, damit die Kürzung im Gesamtansatz abgedeckt ist.

Außerdem mussten bei dieser Position aus baufachlichen Erwägungen Änderungen in der vorgesehenen Aufteilung des Gesamtansatzes vorgenommen werden.

Dabei wurden die Maßnahmen „IGP-Fassadensanierung“ (Ansatz: 750.000 €), „KGS-Bensberg (Eichelstr.) – Sanierung der Turnhalle“ (Ansatz: 400.000 €) und „GS Schildgen: Turnhalle – Innensanierung“ (Ansatz: 350.000 €) in das Jahr 2008 verschoben.

Im Gegenzug wurden die Maßnahmen „IGP: Brandschutzmaßnahmen“ (Ansatz: 350.000 €), „IGP: Turnhallensanierung – Boden, Prallschutz und Nebenarbeiten“ (Ansatz: 450.000 €) und „SZ Kleefeld: Turnhallensanierung: Boden und Prallschutz“ ( Ansatz: 250.000 €) neu in die Liste aufgenommen. Außerdem wurde der Ansatz „Turnhallensanierung GS Hand“ von zunächst 100.000 € (für die Planung) auf 550.000 € angehoben.

Die aktualisierte Aufteilung des Gesamtansatzes „Baukosten Schulen allgemein“ ist im Wirtschaftsplan unter Buchstabe F. – Erläuterungen dargestellt.

Im Vermögensplan ist in der Mittelherkunft der Ansatz „Zuführung des städtischen Haushaltes zur Schulgebäudesanierung (aus Verkauf RBS-Anteilen)“ in Höhe von 1.000.000 € neu veranschlagt.

Dementsprechend konnte die Darlehensaufnahme reduziert werden und beträgt nunmehr 2.340.635 €.

Im Erfolgsplan wurden die infolge der Einrichtung der Offenen Ganztagschulen für 2007 zu erwartenden Mehrkosten im Bereich der Unterhaltung Schulen mit 160.000 € und bei der Bewirtschaftung Schulen mit 65.000 € zusätzlich veranschlagt.

Die Umsatzerlöse „Mieten und Pachten Schulen“ wurden entsprechend um 225.000 € erhöht.

## **Berufsschulgebäude Bensberger Straße**

Die Berufsschulgebäude werden seit dem 01.01.2007 im „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ geführt.

In finanztechnischer Hinsicht sind z. Zt. noch nicht alle Regelungen abschließend geklärt bzw. vereinbart, so dass die Darstellung im Wirtschaftsplan 2007 erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Im Grundsatz werden die im Haushaltsplan des Berufsschulverbandes für diese Immobilien zur Verfügung stehenden Mittel in den „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ übernommen. Nach derzeitigem Stand kann davon ausgegangen werden, dass die Erlöse etwa den Aufwendungen entsprechen, so dass durch die Übernahme keine Veränderungen des Betriebsergebnisses zu erwarten sind.

<-@